

Neun-Euro-Folgeticket: Verkehrsministerkonferenz beschließt Vorbedingungen

Die Verkehrsministerkonferenz der Bundesländer (VMK) hat heute erneut Forderungen für eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel in Höhe von jährlich 1,5 Milliarden Euro bekräftigt. Zusätzlich haben die Länder einstimmig weitere 1,65 Milliarden Euro Kompensationsmittel in den Jahren 2022 und 2023 als Ausgleich für die Energiepreissteigerungen infolge des Ukraine-Krieges gefordert. Zugleich wollen die Länder gemeinsam mit dem Bund eine hochkarätig besetzte Arbeitsgruppe einsetzen, die bis zur regulären Verkehrsministerkonferenz am 12. und 13. Oktober die Rahmenvorgaben für ein Nachfolgeticket und seine Finanzierung festlegt und auf Basis von Modellrechnungen der Verkehrsministerkonferenz Ticketmodelle zur Entscheidung vorlegt. Bevor die Verkehrsministerkonferenz gemeinsam mit dem Bund über die Umsetzung eines bundesweiten Neun-Euro-Folgetickets entscheidet und einen Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden schließen will, erwarten die Ministerinnen und Minister, dass der Bund ein Angebot vorlegt, dass auf die Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz zur Steigerung der Regionalisierungsmittel bezüglich eines Ausgleichs der allgemeinen Preissteigerungen seit 2019, der Corona-Schäden sowie der Energiepreissteigerungen infolge des Ukraine-Krieges eingeht. „Nur mit einem guten ÖPNV-Angebot kann ein bundesweites ÖPNV-Ticket erfolgreich dauerhaft eingeführt werden“, heißt es in dem einstimmigen Beschluss.

Die Verkehrsministerinnen und -minister verwiesen in ihrem Beschluss zudem darauf, dass die Konferenz mehrfach und mit zahlreichen Beschlüssen den Finanzbedarf der Länder und die notwendige Steigerung der Regionalisierungsmittel ab 2022 dargelegt hat. Mit Blick auf die dringenden Finanzierungsbedarfe, fordert die VMK den Bund auf, noch in diesem Jahr mit den Ländern in Verhandlungen über die langfristige Ausgestaltung der Regionalisierungsmittel im Rahmen des Ausbau- und Modernisierungspaktes einzutreten. Die Verkehrsministerkonferenz, so heißt es in dem Beschluss weiter, unterstützt im Vertrauen auf die im Koalitionsvertrag gemachte Zusage des Bundes, die Regionalisierungsmittel noch im Jahr 2022 zu erhöhen, weiterhin aktiv die Vorbereitung des von der Bundesregierung angeregten Ausbau- und Modernisierungspakts im ÖPNV. Sie stellt fest, dass die Arbeiten der Bund-Länder AG für einen Ausbau- und Modernisierungspakt vor allem bei der Definition gemeinsamer Ziele und der Transparenz bei Mittelbedarf und Mittelverwendung weit vorangeschritten sind.

Dazu Dr. Maike Schaefer, Vorsitzende der VMK und Bürgermeisterin sowie Mobilitätssenatorin des Bundeslandes Bremen: „Wir führen inzwischen konstruktive Gespräche mit Bundesverkehrsminister Volker Wissing und sind auf einem guten und gemeinsamen Weg. Dennoch ist den Ländern wichtig, dass sich der Bund bewegt und vor weiteren Finanzverpflichtungen der Länder für ein Neun-Euro-Folgeticket die dringend benötigten Regionalisierungsmittel anhebt. Denn sonst droht wegen des Angriffskriegs in der Ukraine, den steigenden Energiekosten und weiterer preistreibender Faktoren ein Rückschritt in der Verkehrswende. Das können wir uns angesichts der Klimakrise nicht erlauben. Mir ist es auch wichtig, dass wir den Menschen in diesem Land ein Angebot machen, dass sie mehr Geld im Portemonnaie haben und sich die bundesweite Ticketstruktur im ÖPNV massiv vereinfacht. Deshalb haben die Länder deutlich signalisiert, dass sie bereit sind, auch ihren Beitrag zu einem bundesweit gültigen Folgeticket zu leisten.“

Bundesminister Dr. Volker Wissing sagte: „Nach der heutigen Verkehrsministerkonferenz bin ich überzeugt, dass wir es bis zum Jahreswechsel schaffen werden, ein bundesweit gültiges, digital einfach zu buchendes Ticket zu einem attraktiven Preis anzubieten. Wir waren uns einig, dass das Nachfolgeticket ein zentraler Schritt auf dem Weg zu einem attraktiven Angebot für den ÖPNV sein kann. Darüber hinaus arbeiten wir weiter gemeinsam an einem Ausbau- und Modernisierungspakt, der den ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger deutlich komfortabler und attraktiver machen wird. Wir haben jetzt die einmalige Chance, gemeinsam große Reformschritte zu gehen und den ÖPNV von den Nutzern aus gedacht, qualitativ auf eine neue Ebene zu bringen. Bund und Länder ziehen hier an einem Strang und gehen gemeinsamen diesen Kraftakt an.“

Petra Berg, Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz im Saarland betonte: „Von unserem Treffen heute habe ich mir mehr erhofft. Die Länder waren sich einig: Vor einer Verständigung über ein bundesweit gültiges Klimaticket muss eine Verständigung über die Erhöhung der Regionalisierungsmittel zur Sicherung der Bestandsverkehre erfolgen. Erst das Verkehrsangebot, die Pflicht, dann der Tarif, die Kür. Leider haben die Länder vom Bund bisher nichts Konkretes zur Klärung der Grundfinanzierung erfahren. Bundesminister Wissing ist heute hier völlig unverbindlich geblieben.“


Guido Beermann, Minister für Infrastruktur und Landesplanung in Brandenburg: „Der Bund muss sich bewegen und ein Angebot zur Erhöhung der Regionalisierungsmittel vorlegen. Eine Nachfolgeregelung für das Neun-Euro-Ticket macht erst Sinn, wenn die dringendsten Fragen für den ÖPNV geklärt sind. Darin sind sich alle Bundesländer einig. In Zeiten explodierender Energiekosten brauchen die Länder allein 1,65 Milliarden Euro zusätzlich, um den ÖPNV finanziell wetterfest zu machen und das aktuelle Angebot aufrechterhalten zu können. Es sind noch weitere Mittel nötig, wenn wir den ÖPNV nachhaltig ausbauen wollen. Die Länder bleiben bei ihrer Forderung: 1,5 Milliarden Euro mehr, wenn die Verkehrswende ernsthafte Fortschritte machen soll. Der Ball liegt jetzt beim Bund. Die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe begrüße ich. Es ist wichtig, mit dem Bund im Gespräch zu bleiben. Sie kann Klarheit darüber schaffen, was mit der Einführung eines Nachfolgetickets erreicht werden kann.“

Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne): „Es gibt eine große Einigkeit: Wir wollen, dass der Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr durch ein einfaches, preisgünstiges Ticket für ganz Deutschland deutlich erleichtert wird. Aber einig sind sich die Länder auch darin, dass die Grundfinanzierung des öffentlichen Verkehrs nicht mehr stimmt. Für einen klimafreundlichen ÖPNV brauchen wir – angesichts der dramatischen Energie- und Personalkostensteigerungen – dringend mehr Regionalisierungsmittel. Nur mit einem guten Angebot macht ein günstiges bundesweites Ticket Sinn.“

Kontakt für die Medien:

Jens Tittmann

Pressesprecher

 **Die Senatorin für Klimaschutz,
Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung
und Wohnungsbau**

Telefon: +49 421 361 6012

Mobil: +49 162 2390 244

Mail: jens.tittmann@bau.bremen.de